

11 Fragen an: NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum (NEOS)

1. Mit der Verabschiedung der „Agenda 2030“ sichert Österreich eine kontinuierliche Arbeit an nachhaltiger Entwicklung zu, die auch ein zentrales Thema von Bildung ist. In acht der 17 Entwicklungsziele werden ausdrücklich Menschen mit Behinderung adressiert.
Wie stellen Sie einen umfassenden Diskurs sicher, um Bildung im Rahmen von bzw. als Praxis nachhaltiger Entwicklung zu schärfen und diese so verstandenen Bildungsprozesse an allen Schulformen zu etablieren?

Antwort der NEOS:

Als echte Bürger_innenbewegung ist es unser Anspruch, partizipative Prozesse aufzubauen und zu forcieren. Gerade im Bereich der Bildung braucht es hier auch eine neue Kultur des „Austausches“, des „Voneinander Lernens“ und des „Miteinander Kooperierens“.

2. Der österreichische Monitoringausschuss zur Umsetzung der UN-BRK stellt in seinem zweiten Bericht (2018) fest, dass die Handlungsempfehlungen aus 2013 zum Artikel 24 („Bildung“) nicht implementiert wurden. Dies betrifft u.a. die umfassende Etablierung inklusiver Strukturen auf allen Ebenen des Bildungssystems, die Berücksichtigung inklusiver Bildung in sämtlichen Lehramtsstudiengängen, deren konsequente Öffnung für Menschen mit Behinderung sowie die finanzielle Förderung dieser Maßnahmen.
Auf welche Weise werden Sie die strukturelle Transformation zu einem inklusiven Bildungssystem auf allen Ebenen unterstützen und wie werden Sie den Abbau von Barrieren und Diskriminierungen sicherstellen?

Antwort der NEOS:

NEOS stehen prinzipiell für das Ziel der Vollinklusion. Es braucht aber einen realistischen Weg dorthin. In einem ersten Schritt fordern wir daher im Zuge der umgekehrten Inklusion die Öffnung der Sonderschulen für das Regelschulwesen.

3. Der Anteil derjenigen Schüler*innen, die in Sonderschulklassen unterrichtet werden (Exklusionsanteil), liegt in Österreich seit Jahren relativ unverändert bei rund 40%. Insgesamt kommt der Abbau des Sonderschulsystems nur schleppend voran. Für den Pflichtschulbereich zeigen die Zahlen des „Nationalen Bildungsberichts 2018“, dass seit 2008 in Österreich der Anteil der Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf (SPF) sogar gestiegen ist (Förderquote) und damit auch das Risiko von Stigmatisierung und Ausgrenzung aufgrund einer Behinderung. Zwischen einzelnen Bundesländern bestehen im Hinblick auf die Inklusions-, Exklusions- und Förderquoten zum Teil erhebliche Unterschiede (z.B. Exklusionsanteil Kärnten: 18%, Wien: 49%).
Welche bildungspolitische Strategie verfolgt Ihre Partei, um in der kommenden Legislaturperiode die Förder- und Segregationsquoten weiter zu senken?

Antwort der NEOS:

Auch der Rechnungshof hat in seinem dahingehenden Bericht Kritik geübt. NEOS stehen hier für evidenzbasierte Politik. In einem ersten Schritt wollen wir eine Entscheidungsgrundlage schaffen auf deren Basis dann ein gemeinsames und einheitliches Vorgehen zu definieren wäre. Es ist offensichtlich, dass es hier in den Bundesländern sehr unterschiedliche Vergabepaxen hinsichtlich des SPF gibt.

4. Im „Nationalen Aktionsplan Behinderung 2012–2020“ wird die Etablierung von Inklusiven Modellregionen (Steiermark, Kärnten und Tirol) definiert, in denen Maßnahmen zur Implementierung eines inklusiven Schulwesens entwickelt und erprobt werden. Der Aktionsplan sieht vor, dass die Modellregionen bis 2020 auf ganz Österreich ausgeweitet werden sollen.

Wie und in welchem zeitlichen Rahmen werden Sie die Erfahrungen aus den Modellregionen in eine bundesweite Strategie für ein inklusives Bildungssystem integrieren und einen flächendeckenden Ausbau umsetzen?

Antwort der NEOS:

So schnell wie möglich.

5. In den Inklusiven Modellregionen sind verschiedene Konzepte für eine indexbasierte (anstelle einer individuellen) Ressourcenzuteilung erarbeitet worden. Es hat sich gezeigt, dass damit die Stigmatisierung vieler Kinder und Jugendlicher als Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf (SPF) vermieden und für die Schulen bzw. Regionen autonome Handlungsspielräume für präventive Maßnahmen geschaffen werden konnten.

Soll für deren Finanzierung bloß eine Umschichtung der vorhandenen Ressourcen von weniger zu stärker belasteten Schulen erfolgen oder werden Sie zusätzliche Mittel für notwendige kompensatorische Fördermaßnahmen bereitstellen?

Antwort der NEOS:

Aktuell versickert zu viel Geld im System. Wir müssen in einem ersten Schritt dafür sorgen, dass das Geld auch wirklich bei den Schüler_innen ankommt.

6. Im „Nationalen Bildungsbericht 2018“ wird einmal mehr festgehalten, dass die familiäre Herkunft für den Bildungserfolg der Kinder eine wesentliche Rolle spielt und der Umgang mit Heterogenität im österreichischen Bildungssystem ausbaufähig ist. Empfohlen wird „ein kooperatives, in Professionellen Lerngemeinschaften zusammenarbeitendes Team an Schulen, das um ständige Schul- und Unterrichtsentwicklung bemüht ist, kompetente Leitungspersonen und schließlich ein Umfeld, das Unterstützungsmaßnahmen bereitstellt, die professionellen Servicecharakter haben.“ (Bd. 2, S. 46)

Was gedenken Sie zu tun, um eine adäquate Unterstützungsstruktur für österreichische Schulen aufzubauen?

Antwort der NEOS:

Wir brauchen mehr Unterstützungspersonal an den Schulen. Zudem sind wir dafür, die Autonomie der Standorte auszubauen und den Schulen auch mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Dort arbeiten die Profis vor Ort, sie wissen was an ihrem Standort am dringendsten gebraucht wird. Aktuell gelingt es im Schulsystem nicht gut genug, auf die Talente und Bedürfnisse der einzelnen Kinder individuell einzugehen. Gerade wenn als gesellschaftliches Ziel die Inklusion angestrebt wird, ist es aber unausweichlich, hier hochgradig flexible und individuelle Fördermöglichkeiten für alle Kinder zu schaffen. Das betrifft sowohl die Hochbegabten- und Exzellenzförderung, als auch Kinder mit Behinderungen und anderem Förderbedarf. In diesem Sinne ist es notwendig Rahmenbedingungen zu schaffen, die durchgängige und individuelle Förderkonzepte ermöglichen. Diese sollen bereits in den ersten Bildungseinrichtungen wurzeln und bundesweit einheitlich geregelt werden. Gleiches gilt für die Finanzierung, die nach transparenten Kriterien dem Kind folgen und dem Förderkonzept angepasst werden soll. Für dieses „Case Management“ müssen multiprofessionelle Teams zum Standard werden. Diese Teams setzen sich aus den Eltern, Vertretungen der Bildungseinrichtungen und Systempartner_innen zusammen und beleuchten die Situation der betroffenen Kinder und Jugendlichen aus verschiedenen Blickwinkeln. Das zentrale Anliegen ist die Bündelung von Förderressourcen in einem durchgängigen Förderkontinuum, das bedarfsgerecht und frühzeitig ansetzt.

7. In der Stellenplanrichtlinie des Bundes zur Berechnung der Dienstposten wird immer noch von einer Förderquote von 2,7 % ausgegangen, während der „Nationale Bildungsbericht 2018“ eine Förderquote von 3,9 % ausweist. Dass damit ein eklatanter Ressourcenmangel evident wird, der sich auch nicht durch zusätzliche Planstellen gemäß § 4 Abs. 8 FAG 2017 mildert, weil diese vorwiegend für Strukturmaßnahmen verwendet werden, steht außer Frage. Andererseits wird mit einem restriktiven SPF-Verfahren (siehe aktuell das Rundschreiben 7/2019 des BMBWF) versucht, die Förderquote zu senken. Dabei bleiben viele Schüler*innen auf der Strecke.

Welche Änderungen werden Sie daher einfordern und wie wollen Sie sicherstellen, dass Schüler*innen, die besondere Unterstützung benötigen, diese auch erhalten?

Antwort der NEOS:

In einem ersten Schritt wäre die Vergabepraxis des SPF nach einheitlichen und wissenschaftlich fundierten Kriterien zu gewährleisten. Zudem ist selbstverständlich sicherzustellen, dass keine Schüler_innen auf der Strecke bleiben. Die tatsächlichen finanziellen Erfordernisse wären dann auch dem Bedarf anzupassen.

8. Seit 2015 gibt es in Österreich eine schulstufenspezifische statt einer schulartenspezifischen Lehramtsausbildung. Somit gibt es keine eigenständigen Ausbildungen mehr für Volksschul-, NMS-, Gymnasial- und Sonderschullehrer*innen. Der „Nationale Bildungsbericht 2018“ zeigt auf, dass der Erwerb von Kompetenzen zum Fokus „Behinderung“ in der neuen Lehrer*innenbildung sowohl strukturell als auch inhaltlich gut verankert ist.

Sind sie für die Beibehaltung der neuen, schulstufenspezifischen Ausbildungsstruktur oder, wie im Regierungsprogramm 2017–2022 angedacht, für die Wiedereinführung einer eigenständigen sonderpädagogischen Ausbildung?

Antwort der NEOS:

Hier gilt es die ersten Jahrgänge abzuwarten und genau zu evaluieren, wie die Ausbildung angenommen wird.

9. Der Studierenden-Sozialerhebung 2015 (BMWF 2016) kann entnommen werden, dass an Pädagogischen Hochschulen der Anteil von Studierenden mit Behinderung oder nichtdeutscher Muttersprache gegenüber anderen tertiären Einrichtungen wesentlich niedriger ist. Es muss davon ausgegangen werden, dass sich die gesellschaftliche Diversität in der Lehrer*innenbildung nicht widerspiegelt (siehe auch NBB 2018, S. 69ff.). Damit werden aber auch Ressourcen nicht genutzt, die durch Diversität und Mehrsprachigkeit sowie den Einsatz als Rollenvorbilder möglich wären.

Welche Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils von Studierenden mit nichtdeutscher Muttersprache oder Studierenden mit Behinderungen wollen Sie setzen?

Antwort der NEOS:

Hier sind jedenfalls echte Anreize für die Universitäten zu schaffen.

10. Die bis Ende 2018 bestehenden Bundeszentren wurden 2019 durch „National Competence Center“ (NCoC) ersetzt. Diese sind als Organisationseinheiten der Pädagogischen Hochschulen konzipiert. Aktuell wurden neun Bundeszentren in NCoC überführt. Das Bundeszentrum Inklusive Bildung und Sonderpädagogik (www.bzib.at), das in den vergangenen Jahren intensiv die Inklusiven Modellregionen wissenschaftlich begleitet, Arbeitsergebnisse disseminiert und dazu beigetragen hat, Barrieren für Menschen mit Behinderungen in der Schule des 21. Jahrhunderts abzubauen, wurde nicht wieder bewilligt. Gerade für die kommenden Aufgabenstellungen, wie die Weiterentwicklung des Nationalen Aktionsplans, die Reform der Lehrer*innenbildung, die Umsetzung der „Agenda 2030“ sowie die Fortführung der bestehenden Zielsetzungen wird die Expertise eines solchen bundesweit wirksamen Kompetenzzentrums dringender denn je benötigt.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass im Rahmen der NcoC das Bundeszentrum für Inklusive Bildung und Sonderpädagogik weiterhin bestehen bleiben kann?

Antwort der NEOS:

Ja, jedenfalls.

11. Aktuelle Veränderungen im Bildungsbereich manifestieren und schaffen strukturelle Bedingungen, die Bildungsgerechtigkeit nicht unterstützen und Schulabbrüche und erfolglose Bildungswege nicht verhindern werden. Zahlreiche Befunde deuten darauf hin, dass die im „Pädagogik Paket 2018“ bereits durchgeführten Änderungen, wie die Kategorisierung der Schüler*innen in zwei Leistungsniveaus („Standard“ und „AHS-Standard“), die Wiederholung von Schulstufen aufgrund negativer Beurteilungen ab der dritten Schulstufe oder die Verpflichtung zur Ziffernbeurteilung ab der zweiten Schulstufe den Erwartungen einer optimalen Förderung unterschiedlich befähigter Schüler*innen nicht gerecht wird. Um Bildungsbenachteiligung zu kompensieren und so die Bildungschancen aller zu erhöhen, müssen Entwicklungen in Richtung Prävention angestoßen werden. Dafür braucht es zusätzliches Personal und Ressourcen. Dem gegenwärtigen Trend nach, ist eher eine Zurücknahme zusätzlicher Ressourcen wie z.B. der mobil tätigen Lehrer*innen oder Berater*innen an Schulen zu befürchten.

Was werden Sie unternehmen, um mit Blick auf die aufgezeigten Probleme, Lehrpersonen wie auch Schulen die (Weiter)-Entwicklung einer besseren Passung zwischen Lernangebot und Lernausgangslage zu ermöglichen?

Antwort der NEOS:

Auch wir sehen im „Pädagogikpaket 2018“ einen herben Rückschritt und haben es heftig kritisiert. Insgesamt brauchen wir einen viel größeren Fokus auf den Kindergarten. Zudem fordern wir mehr Ressourcen für Schulen mit besonderen Herausforderungen. Damit können diese schulautonom etwa Sozialarbeiter, Lerncoaches, Sonderklassen oder Sprachförderprogramme finanzieren. Einer der wichtigsten Hebel sind zudem die Lehrer_innen selbst. Sie sind die Bildungsexpert_innen der Praxis, die eigenverantwortlich Entscheidungen treffen sollen und müssen. Im Zentrum einer gelingenden Schule stehen die Kinder und Jugendlichen, ein differenziertes Berufsverständnis der Pädagog_innen und mehr Freiheit und Verantwortung. Das Lehramtsstudium soll dafür mit einem vielschichtigen Aufnahmeverfahren ausgestattet werden. Dieses zielt verstärkt auf soziale Kompetenzen ab. Um die bestmöglichen Expert_innen aus der Praxis zu gewinnen, bedarf es eines flexibleren Gehaltssystems, das sich an den branchenüblichen Gehaltsniveaus orientieren kann. In Zusammenarbeit mit dem AMS sollen Wege eröffnet werden, die ermöglichen, dass man aus dem Lehrer_innenberuf besser als bisher in andere Berufe umsteigen kann. Berufliche Veränderung darf nicht als Scheitern verstanden werden und der Eintritt in den Lehrer_innenberuf nicht als Einbahnstraße. Das Lehrer_innendienstrecht ist zudem weder zeitgemäß noch funktional. NEOS stehen für die Einführung eines bundesweiten Rahmenkollektivvertrages für alle Mitarbeiter_innen (nicht nur Lehrer_innen) an den Schulen.